



21.3453

**Motion SGK-N.****Wissenschaftliche Begleitung  
von Long-Covid-Fällen****Motion CSSS-N.****Suivi scientifique  
des cas de "Covid long"**

## CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.06.21

*Antrag der Mehrheit*

Annahme der Motion

*Antrag der Minderheit*

(de Courten, Aeschi Thomas, Glarner, Röstli)

Ablehnung der Motion

*Proposition de la majorité*

Adopter la motion

*Proposition de la minorité*

(de Courten, Aeschi Thomas, Glarner, Röstli)

Rejeter la motion

**Mäder Jörg** (GL, ZH), für die Kommission: Der Mensch ist ein sehr belastbares Wesen, vor allem dann, wenn er abschätzen kann, wie gross die Belastung ist; dann ist er zu Unglaublichem fähig. Eines der Probleme der Corona-Pandemie ist aber, dass ihre Auswirkungen auf den Einzelnen schwer abschätzbar sind. Die möglichen Krankheitsverläufe für den einzelnen Betroffenen können von asymptomatisch bis hin zu tödlich reichen. Und ja, ältere, vorbelastete Personen haben es in der Regel schwerer. Aber trotzdem: Ein absolut fitter Mitt-dreissiger kann von dieser Krankheit schwer getroffen werden, während ein fünfzigjähriger "Fernsehsportler" überhaupt nichts oder fast gar nichts spürt. Diese extreme Bandbreite ist aber nicht nur während des akuten Krankheitsverlaufs, also in der Anfangsphase, vorhanden, sondern auch bei den Langzeitfolgen. Das ist schon seit Längerem bekannt und in den letzten Monaten immer mehr klar geworden, das müssen wir klar anerkennen.

Sehr viele Leute, die im Spital waren, können komplett genesen, und darüber sind wir froh. Es gibt aber durchaus auch zahlreiche Leute, die einen relativ leichten Verlauf haben, der nicht enden will, die stark unter Langzeitfolgen leiden. Mehrere medizinische Studien zeigen das: Es handelt sich um Probleme der Konzentration, Müdigkeit, Atemstörungen usw. Entsprechend wichtig ist es, dass wir auch diese Leute unterstützen. Hier besteht eben das Problem dieser grossen Spannweite: Im Vergleich zu anderen Krankheitsbildern reicht es hier nicht, ein paar wenige typische Fälle zu analysieren und daraus auf alle anderen Betroffenen zu schliessen und ihnen Empfehlungen abzugeben. Es braucht hier einen viel breiteren Ansatz.

Uns ist bewusst, dass die Wissenschaft bereits an diesem Thema dran ist. Aus Sicht der Kommissionsmehrheit möchten wir aber ein ganz klares Signal vonseiten der Politik senden, indem wir die wissenschaftliche Begleitung unterstützen und eher mehr als weniger fordern. Wir sind in der Mehrheit entsprechend auch froh, dass der Bundesrat dieses Anliegen unterstützt. Uns ist auch bewusst, und der Bundesrat hat das in seiner Antwort geschrieben, dass in gewissen Bereichen die Kantone im Lead sind. Ich bitte Sie aber, Herr Bundesrat, und ich bitte auch alle Kantonsvertreter, die hier zuhören: Bedenken Sie auch hier wieder die sehr grosse Spannweite an möglichen Krankheitsverläufen, vor allem im langfristigen Bereich. Dann ist halt die Stichprobengrösse, die in einem einzelnen Kanton anfallen kann, vielleicht sehr, sehr klein bis komplett nicht aussagekräftig.





Bei dieser Krankheit ist es speziell wichtig, dass das koordiniert funktioniert. Ich fordere daher Herrn Bundesrat Berset auf, hier wirklich die Bundesverwaltung ihre Rolle etwas stärker wahrnehmen zu lassen. Ich hoffe, dass die Kantone den Föderalismus nicht über jedes gesunde Mass hinaus leben wollen.

Wie gesagt, die Kommission möchte das klare Signal senden, dass hier mehr getan werden muss. Insbesondere sollen möglichst auch Leute gefunden werden, die wieder genesen sind. Unter Umständen haben ja gewisse Verhaltensweisen, die sie an den Tag gelegt haben, dazu geführt, dass der Krankheitsverlauf milder gewesen ist. Genau diese Breite an möglichen Verläufen macht es schwierig und verlangt nach einem breiteren Ansatz.

In diesem Sinne möchte ich Sie herzlich dazu auffordern, Ja zu stimmen, die Motion anzunehmen und die Leute, die diese Krankheit nun über mehrere Monate mit sich tragen, nicht alleinzulassen.

**de Courten** Thomas (V, BL): Ich darf Ihnen zu diesem Thema aus der Stellungnahme des Bundesrates zitieren: "Der Bundesrat ist sich der Tragweite der Langzeitfolgen für Personen, die an Covid-19 erkrankt sind, bewusst." Wir als Minderheit sind uns dessen ebenfalls bewusst. Der Bundesrat "anerkennt den Bedarf, die langfristigen Auswirkungen von Covid-19 auf die Patientinnen und Patienten zu untersuchen". Das tut die Minderheit auch. "Es ist darauf hinzuweisen, dass zum Thema 'Long Covid' bereits zahlreiche nationale und internationale Studien laufen." Diese sind auch bereits finanziert. Falls notwendig, auch das ein Argument des Bundesrates, ist er auch bereit, zur Intensivierung der Forschung entsprechende zusätzliche Finanzierungen zu prüfen.

Zudem wird der Bundesrat in Erfüllung des Postulates 21.3014, "Sicherstellung einer angemessenen Behandlung und Rehabilitation für Menschen mit Long Covid", das der Ständerat bereits angenommen hat, darlegen, "welche Massnahmen erforderlich sind, damit die Behandlung und Therapie von Patientinnen und Patienten mit Long Covid sowie die Finanzierung von Behandlungs- und

AB 2021 N 1402 / BO 2021 N 1402

Therapieprogrammen für die Betroffenen sichergestellt wird". Das tut der Bundesrat bereits.

Ich darf Ihnen aus seiner ablehnenden Stellungnahme zum Postulat 21.3014 zitieren: "Die Finanzierung der Krankheitsbehandlung und Rehabilitation von Long-Covid-Patientinnen und -Patienten ist bereits sichergestellt. Die Kosten werden von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung übernommen. Verschiedene Gesundheitsinstitutionen bieten bereits spezifische Behandlungs- und Rehabilitationsangebote für Betroffene an. Zum Thema Long Covid laufen zahlreiche nationale und internationale Studien. Unter anderem wurden bereits im August drei Forschungsprojekte im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 'Covid-19' zum Thema lanciert."

Ein Bericht des Bundesrates würde basierend auf verschiedenen Studien erarbeitet und würde in diesem Sinne lediglich eine Momentaufnahme oder eine Zusammenfassung dieser Studien darstellen. In einem Gebiet, in welchem vieles noch nicht bekannt ist und laufend neue Erkenntnisse gewonnen werden, beurteilt der Bundesrat die Erstellung eines solchen Berichtes als wenig zielführend. Genau das ist der Punkt, bei dem ich auch jetzt sage: Das, was hier gefordert ist, ist erstens bereits im Gang, wir haben bereits die entsprechenden Studien, wir verfügen über die Ressourcen, wir müssen sie nicht mehr zusätzlich verlangen, wie diese Motion es will. Wir erwarten einen Ergebnisbericht des Bundesrates, in dem er Studienresultate für uns zusammenfasst und nochmals darlegt.

Im Grunde kommen wir mit dieser Motion hinterher wie die alte Fasnacht. Deshalb bitte ich Sie, diese Motion abzulehnen.

**Fridez** Pierre-Alain (S, JU): Cher collègue, peut-être que vous avez raison et que tout cela est inutile, mais nous vivons quand même des temps particuliers où des milliers de personnes ont été atteintes dans leur santé. Il y a beaucoup de peur, il y a beaucoup de craintes et il existe clairement la volonté de donner des réponses à tout cela.

Pensez-vous qu'il soit vraiment sage que notre conseil refuse une motion qui, justement, vise à prendre en compte les craintes exprimées actuellement et cette demande des gens? On constate partout dans les médias que c'est un thème qui devient important. Ne craignez-vous pas que l'on envoie un signal politique négatif en refusant d'écouter ces gens?

**de Courten** Thomas (V, BL): Nein, im Gegenteil. Ich möchte Ihre Frage noch dazu nutzen zu betonen, dass wir ausdrücklich anerkennen, dass diese Forschung notwendig ist und dass es langfristige Folgen für betroffene Patienten gibt. Das möchten wir ausdrücklich anerkennen, das habe ich in meiner Argumentation auch deutlich betont.



Aber mein Anliegen ist, dass wir das Rad nicht immer wieder von Neuem antreiben und immer wieder etwas Neues beginnen sollten. Wir haben diese Studien, sie sind bereits angestossen. Wir haben die Ressourcen, wir haben sie zur Verfügung gestellt. Der Bundesrat ist bereit, die Arbeit weiterzuführen. Wir müssen nicht mehr von vorn beginnen. Es geht auch darum, das Zeichen zu setzen, dass in diesem Parlament die beiden Ratskammern zusammenarbeiten und die eine Kammer die Beschlüsse der anderen Kammer zur Kenntnis nimmt und unterstützt, statt mit eigenen neuen, zusätzlichen, unnötigen Vorstössen dasselbe nochmals zu bekräftigen.

**Berset** Alain, conseiller fédéral: Je n'oserais pas me prononcer sur la question de savoir si cette proposition est utile ou inutile. La question, qui est une question de fond, est la suivante: faut-il faire quelque chose dans ce domaine? De l'avis du Conseil fédéral, c'est clair: la réponse est oui, et c'est aussi pour cela que nous proposons l'adoption de la motion. Si déjà le Parlement s'occupe de cette question, alors nous préférons agir avec le soutien du Parlement, plutôt que sans.

Les conséquences de ce qu'on appelle le "Covid long" sont aujourd'hui une des préoccupations majeures des médecins et des chercheurs. C'est un sujet sur lequel il existe encore beaucoup d'incertitudes, notamment en ce qui concerne la définition du phénomène, mais également les possibilités de traitement. Il est clair que nous devons investir de l'argent dans les recherches et les travaux réalisés à ce sujet, et ce de manière à pouvoir observer et suivre avec systématique les cas de "Covid long". Or, la motion demande aussi de mettre sur pied des programmes adéquats à cet égard.

La Confédération ne peut pas tout faire. Nous n'avons pas de base constitutionnelle pour faire tout le travail, mais nous pouvons en faire une partie parce que nous estimons que les demandes présentées dans la motion sont justifiées, et nous reconnaissons la nécessité d'étudier les effets à long terme du Covid-19.

Il y a beaucoup d'études, beaucoup de travaux qui se déroulent actuellement en Suisse mais également à l'étranger. Ils sont menés dans des institutions de recherche soit privées, soit publiques. De nombreuses activités liées à la recherche sont également organisées. Des consultations spécifiques existent et des plateformes d'entraide ont été développées. Cela dit, il faut quand même noter que, malgré le nombre croissant d'initiatives indépendantes de la Confédération, eh bien nous estimons être tenus de nous assurer que la recherche sur cette thématique importante ne soit pas entravée par un manque de moyens financiers.

C'est pour cela que la Confédération a déjà participé à ce jour au financement de quatre projets de recherche sur le "Covid long", dont une étude de cohorte menée dans le cadre du programme de recherche "Corona Immunitas".

J'aimerais rappeler également le rapport en réponse au postulat 21.3014 de la commission, "Garantir aux personnes atteintes du "Covid long" un traitement et une réadaptation appropriés". Dans ce cadre, le Conseil fédéral présentera les mesures nécessaires pour assurer traitement et thérapie aux patients atteints de "Covid long" ainsi que le financement des programmes de traitement et de thérapie pour les personnes concernées. Cela dit, et je le mentionnais tout à l'heure, nous n'avons pas de base constitutionnelle pour assurer un suivi individuel des cas de "Covid long". La création des structures de soins correspondantes relève, pour cette partie de la réflexion, de la compétence des cantons. Par conséquent, les mesures concernant le traitement et les consultations s'inscriront dans le cadre des canaux existants et doivent être aussi mises en oeuvre en étroite collaboration avec les institutions de santé et avec les cantons.

Pour terminer, la Confédération est consciente de l'importance des conséquences à long terme du Covid-19 pour les personnes touchées par cette maladie. Nous souhaitons que la recherche et que les études autour de cette thématique puissent être systématiques et que cela nous permette d'acquérir de plus en plus d'informations et de connaissances, de manière à garantir aux personnes touchées de recevoir un traitement adéquat.

C'est avec cette argumentation que je vous invite à soutenir la motion.

**Präsident** (Aebi Andreas, Präsident): Die Kommission und der Bundesrat beantragen die Annahme der Motion. Eine Minderheit de Courten beantragt die Ablehnung der Motion.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 21.3453/23336)

Für Annahme der Motion ... 126 Stimmen

Dagegen ... 51 Stimmen

(2 Enthaltungen)